

Neue Maßregeln zur Sicherung des Brot- und Mehlbedarfes.

Wien, 19. Januar.

Nach zahlreichen Vorarbeiten und Besprechungen zwischen den beteiligten Ministerien werden nun verschiedene Maßregeln zur Sicherung des Brot- und Mehlbedarfes getroffen werden. Dieser Angelegenheit gilt eine Konferenz, welche heute die an der Approvisionierungsfrage beteiligten Ressortminister unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh abhalten werden.

Es steht jetzt bereits fest, daß zwischen der österreichischen und ungarischen Regierung demnächst eine Aussprache über die Wirkung der letzten ungarischen Höchstpreisverordnung stattfinden wird. Aus den Äußerungen hiesiger Interessentenkreise geht hervor, daß in Ungarn die Höchstpreisgrenzen nicht immer streng eingehalten werden, wodurch der Bezug von ungarischem Getreide in Oesterreich noch mehr erschwert wird, als dies auch sonst schon unter den gegebenen Verhältnissen der Fall sein würde. Man wird nun sowohl darüber als auch über andere mit der Getreideversorgung zusammenhängende Fragen in einem Gedankenaustausch mit der ungarischen Regierung treten.

Davon abgesehen, müssen auch verschiedene Vorkehrungen in Oesterreich selbst zur Sicherung des Brot- und Mehlbedarfes getroffen werden. Ueber die Einführung der staatlichen Getreiderequisition ist zudem noch kein Beschluß gefaßt worden, aber es steht fest, daß sie, sei es auf Grund einer neuen oder der im November erlassenen Verordnung praktische Geltung erlangen wird. Die Novemberverordnung sah die Anzeige eines Privaten voraus, wonach jemand Getreidevorräte besitzt. Erst auf Grund einer solchen Mitteilung erhobte die staatliche Requisition, und zwar zugunsten des Anzeigers, dem das Getreide zugewiesen wird. Allein der Private wird um so weniger in der Lage sein, mit Sicherheit das Vorhandensein von Getreidevorräten bezeichnen zu können, als ja, wie sich zeigt, sogar die Bemühungen der Organe der Staatsverwaltung und die strengen Strafandrohungen häufig ganz erfolglos bleiben. Aus diesem Grunde hat man sich ja auch entschlossen, in Ungarn zur staatlichen Requisition zu schreiten. Das gleiche wird auch in Oesterreich geschehen. Gerade in den letzten Tagen ist von staatlicher Seite der Auftrag ergangen, bei Landwirten, die unverschämten erklärten, unter einem weit höheren Preise als heute ihr Getreide nicht zu verkaufen, die Requisition vorzunehmen und die Besitzer auf Grund der Novemberverordnung zu bestrafen. Man wird jedenfalls die erwähnte Verordnung strenger handhaben, die Kontrolle verschärfen, energisch requirieren und im Falle der Verheimlichung die Strafbestimmungen voll anwenden. Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß die Requisitionsfrage durch eine neue Verordnung geregelt wird, um die Praxis nicht auf die Interpretation der Novemberverordnung, sondern auf eine legislative Form zu stützen, welche der Initiative des Staates und der Erwerbung der Vorräte durch den Fiskus bei den Requisitionen volle Geltung verschafft.

In Deutschland ist unter Mitwirkung der Finanzkreise eine Einkaufsgesellschaft ins Leben gerufen worden, welche unter staatlicher Garantie Getreide erwirbt. Dieser Gesellschaft ist jedoch auch das volle Requisitionsrecht von Getreidevorräten eingeräumt.

Neue Backvorschriften.

In der nächsten Zeit werden ferner neue Backvorschriften erlassen werden. Es handelt sich um die Ausgestaltung der seinerzeit fundgemachten Backverordnung, indem neue Mischungsverhältnisse im Sinne einer Streckung der Vorräte bestimmt werden sollten. Insbesondere wird eine stärkere Verwendung von Gerste beim Backen in Aussicht genommen. Uebrigens soll die Benützung von Stärkemehl gestattet werden. Gestern hat darüber eine Konferenz der Vertreter der beteiligten Ministerien unter Vorsitz des Handelsministers Dr. von Schuster stattgefunden.